

## Sicherheit: Worüber wir jetzt reden müssen

Der zwischenstaatliche Umgangston wird rauer, multilaterale Zusammenarbeit wird durch bilaterale Deals ersetzt, die Macht der Stärkeren wird zum neuen Bezugspunkt. Umweltpolitik und internationale Zusammenarbeit stehen unter Druck. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Erkenntnisse in politischen Entscheidungsprozessen unzureichend herangezogen. Wie lässt sich verhindern, dass das Ziel einer nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung weltweit aus dem Blick gerät? Was kann getan werden, um Sicherheit und Frieden weltweit zu fördern? Welche Rolle sollten Deutschland und die Europäische Union einnehmen?

### Nachhaltigkeit in Zeiten globaler Umbrüche

Nur zehn Jahre nachdem die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaübereinkommen zwei internationale Meilensteine für die Nachhaltigkeit auf den Weg brachte, hat sich das Blatt gewendet. Die regelbasierte internationale Ordnung ist bedroht. Soziale Polarisierungsprozesse und politische Autokratisierung weltweit tragen weiter hierzu bei. Der vom WBGU (2019) als Dystopie beschriebene „digital ermächtigte Totalitarismus“ – gekennzeichnet durch massive Ungleichheiten, Elitenherrschaft, Totalüberwachung und Freiheitsverlust sowie Umweltzerstörung – hat sich schneller als befürchtet zu einer realen Gefahr für liberale Demokratien entwickelt. Neue geopolitische und militärische Spannungen zeichnen sich ab, während Klimawandel und Ökosystemzerstörung weiter voranschreiten, mit zum Teil irreversiblen Folgen (WBGU, 2023, 2024).

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine rücken für Europa militärische Sicherheit und

Autonomie immer stärker in den Vordergrund, besonders seit die sicher geglaubte transatlantische Allianz ins Wanken geraten ist. Gleichzeitig gewinnen auch in Europa antidemokratische, rechts-extreme Parteien und Gruppierungen an Zuspruch. Wie kann vor diesem Hintergrund konstruktiv an einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen gearbeitet werden? Was sind Perspektiven gesellschaftlicher Resilienz und Handlungsfähigkeit jenseits der unmittelbaren militärischen Gefahrenabwehr? Was kann in Zukunft die Grundlage gemeinsamen Agierens für Europa und speziell für die EU sein? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen für liberale Demokratien zwischen interner Spaltung und äußerer Bedrohung? Welche Vision von Sicherheit, Frieden und Nachhaltigkeit streben wir in Deutschland und in Europa an?

Der WBGU beschäftigt sich aktuell mit dem Thema integrierter Sicherheit und Nachhaltigkeit und möchte eine Reihe von Fragen zur Diskussion stellen. Sie bauen auf zwei Feststellungen auf:

#### › Nationale Sicherheit und globale Nachhaltigkeit bedingen einander

Nur ein integriertes Sicherheitskonzept, das neben dem unmittelbaren Schutz vor Krieg und Gewalt auch den weltweiten Schutz natürlicher Lebensgrundlagen wie Klima und Biodiversität sowie globale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden umfasst, kann langfristig erfolgreich sein.

#### › Europa muss seine Handlungsfähigkeit stärken, um nach innen und außen für gemeinsame Werte einstehen zu können

Nur wenn Europa die Resilienz seiner Demokratien aktiv erhält und stärkt, wird es Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Gewaltenteilung, Individualismus und Toleranz, Wohlstand und Umweltschutz zusammenbringen und sicherstellen können.

# 1

## Sicherheitsrisiko: Klima, Biodiversität, Verschmutzung

Umweltkrisen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verschmutzung schreiten weiter voran und zerstören Lebensräume, gefährden Gesundheit und destabilisieren wirtschaftliche Aktivitäten und Gesellschaften (IPCC, 2022; IPBES, 2019). Sie bahnen den Weg für Pandemien, führen zu Flucht und Interessenskonflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und bedrohen die Sicherheit weltweit. Die Lösung der Umweltkrisen duldet keine weitere Verzögerung. Die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme sichert die Lebensgrundlage der Menschheit.

- › Wie können die Zerstörung der Natur und der Klimawandel als nationales Sicherheitsrisiko sowie als wirtschaftliches und gesundheitliches Risiko wahrgenommen und mit hoher Priorität adressiert werden? Wie lösen wir den Handlungsstau in diesem Bereich auf? Wie beseitigen wir Barrieren auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und individueller Ebene?

# 2

## Demokratische Gestaltungsfähigkeit und technologische Machtkonzentration

Demokratische Gesellschaften machen sich zunehmend abhängig von vernetzten Technologien und digitalen Anwendungen, die sich ihrer Kontrolle entziehen. Technologiekonzerne und digitale Plattformen haben großen Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft. Sie gehen mit starken Kapitalkonzentrationen einher, die gepaart mit der Kontrolle über Daten und daraus abgeleiteten Informationen politische Einflussnahme ermöglichen, auch über Staatsgrenzen hinweg. Die Potenziale und Risiken künstlicher Intelligenz beginnen sich abzuzeichnen. Unzureichend regulierte Technologieentwicklung und -nutzung in diesen Bereichen begünstigen Monopolstellungen, so dass einzelne Akteure relevante neue Infrastrukturen kontrollieren. Ohne eine demokratisch legitimierte Einhegung dieser Entwicklungen sind Sicherheit, Nachhaltigkeit und die Demokratie selbst in Gefahr.

- › Wie kann verhindert werden, dass zunehmende technologische Macht- und Kapitalkonzentration demokratische Strukturen gefährdet? Wie können liberale Demokratien ihre Gestaltungsfähigkeit erhalten und ausbauen? Wie kann sichergestellt werden, dass sich technologische Entwicklung am globalen Gemeinwohl im Sinne der Agenda 2030 orientiert?

# 3

## Digitale Souveränität

Der Zugang zu verlässlichen Informationen ist grundlegend für mündige und informierte Entscheidungen, intakte Demokratien und gesellschaftlich getragene Nachhaltigkeitstransformationen. Desinformationskampagnen, u. a. in sozialen Medien, Manipulation von Daten bzw. Datenbereitstellung oder Cyberangriffe beeinflussen auch in Europa die öffentliche Meinung und wirken sich auf Wahlen aus. Sie untergraben das Vertrauen der Menschen in Informationen, evidenzbasierte Wissenschaft und demokratische Prozesse. Datenmissbrauch, auch durch international agierende Unternehmen und staatliche Akteure, wird zu einer wachsenden Gefahr. Für demokratische Gesellschaften und Staaten sollte die Souveränität über digitale Infrastrukturen, Daten, Plattformen und die auf ihnen geltenden Regeln sowie deren Durchsetzung daher von höchster Priorität sein.

- › Wie kann die Verbreitung von Desinformation eingedämmt werden? Wie kann der Zugang zu verlässlichen Informationen gestärkt werden? Sollten demokratische Gesellschaften eine öffentlich-rechtliche digitale Infrastruktur schaffen, um ihre digitale Souveränität zu gewährleisten?

# 4

## Freiheit von Forschung, Lehre und Presse

Die explizite Wissenschaftsfeindlichkeit extremistischer politischer Strömungen und Regierungen gefährdet die Verfügbarkeit verlässlicher Daten, Informationen und Erkenntnisse. Sie unterminiert das Vertrauen in die Wissensbasis für Nachhaltigkeitstransformationen und verschiebt das gesellschaftlich akzeptierte Denk- und Sagbare. Nicht nur direkte Einschüchterung und öffentliche Diskreditierung von Wissenschaftler:innen, sondern auch bereits im Vorfeld einsetzende Formen der Selbstzensur unterwandern die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre und die Freiheit der Meinungsäußerung und des Denkens. Ähnliches gilt für kritischen Journalismus. Ein wahrheitsgetreuer, kritischer und freier Austausch ist jedoch Grundlage für eine inklusive, konstruktive und sachorientierte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit. Der WBGU (2011) hat die Transformation zur Nachhaltigkeit als „gesellschaftlichen Suchprozess, der durch Experten unterstützt werden sollte“ beschrieben.

- › Wie können Wissenschaft und freier Journalismus systematisch geschützt und gefördert werden? Wie kann das Vertrauen in Wissenschaft bewahrt oder wieder hergestellt werden? Welche Rolle kommt der Bildung zu? Wie kann ein breiter, zukunftsgerichteter gesellschaftlicher Diskurs ermöglicht werden?

Die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit wurde und wird bisweilen als Elitenprojekt wahrgenommen. Neben mächtigen Vetospielern, die ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Nachhaltigkeitstransformationen bedroht sehen, sind viele Menschen privat nicht von der Notwendigkeit, Gerechtigkeit oder Effektivität entsprechender Maßnahmen überzeugt. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sowie Abstiegsängste tragen zur Polarisierung bei. Darüber hinaus gehen Vertrauen und Empathie verloren, wenn auf höchster politischer Ebene skrupelloses Auftreten, Unwahrheit und Kompromisslosigkeit vermehrt Einzug finden.

- › **Wurden in der Vergangenheit soziale Aspekte der Klima- und Biodiversitätspolitik zu sehr vernachlässigt? Welche Rolle spielen Kommunikation und Kultur? Wie kann eine breite Teilhabe an Nachhaltigkeitstransformationen gestärkt werden? Wie können Strukturen geschaffen werden, die die Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen stärken und ihnen Hoffnung und Zukunftsfreude geben?**

Aufgrund bestehender und sich zuspitzender geopolitischer Spannungen und offener Konflikte werden derzeit wachsende Summen in Verteidigung und Rüstung investiert. Geopolitische Rivalitäten führen zu einer zunehmenden Priorisierung eines militärischen und ökonomischen Nationalismus. In der Folge sinken bereits die Investitionen in Nachhaltigkeitstransformationen – etwa für die Umsetzung der Ziele der Agenda 2030. Steigende Schuldenstände und damit verbundene Zinszahlungen erschweren die Situation in Niedrigeinkommensländern zusätzlich. Europa steht zudem vor der Frage, wie es in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage seinen Wohlstand sichern kann – als Basis und Ressource für innere und äußere Sicherheit sowie für Nachhaltigkeitstransformationen.

- › **Wie kann sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeit ausreichend finanzielle Unterstützung erhält? Wie kann eine internationale Finanzarchitektur aussehen, die Finanzmittel in produktive und nachhaltige Investitionen lenkt? Wie kann gesellschaftlicher Wohlstand national wie international gerechter verteilt werden? Wie kann Niedrigeinkommensländern ein Teil ihrer Schulden genommen werden, sodass Freiräume für Investitionen in nachhaltige Entwicklung eröffnet werden?**

Der weltweite Wettlauf um die Sicherung von Rohstoffen verschärft sich. Diese Dynamik betrifft insbesondere Rohstoffe, die für die Digitalisierung und die Wende zu erneuerbaren Energien benötigt werden. Unklar ist, wie hierbei zunehmende negative Umweltauswirkungen, wirtschaftliche Ausbeutung und Gefährdungen von Menschenrechten entlang von Lieferketten verhindert werden können. Wachsender Nationalismus gepaart mit transnationalen Machtansprüchen gefährdet eine weltweit sozial gerechte Energiewende und den Umweltschutz.

- › **Wie kann der Rohstoffwettlauf so eingeeht werden, dass er die weltweite nachhaltige Entwicklung nicht gefährdet? In welchem Umfang kann die Abhängigkeit von Rohstoffen verringert werden, etwa durch Kreislaufführung, alternative Materialien oder Effizienz- und Suffizienzstrategien? Welche Kooperationen sollten gestärkt oder neu aufgebaut werden? Wie können Lieferketten und Handelsbeziehungen so gestaltet werden, dass die Bevölkerung rohstoffreicher Länder verlässlich und fair an den Wertschöpfungsketten teilhat?**

Eine regelbasierte und wertorientierte internationale Ordnung, die die Agenda 2030 vorantreibt und Kooperation statt Abgrenzung in den Mittelpunkt stellt, droht angesichts wachsender nationalistischer Tendenzen weiter zu erodieren. Die Hoffnung, dass Freihandel und bestehende militärische Bündnisse, globale Umweltabkommen, diplomatische Beziehungen und Kooperationsabkommen ausreichen, um Stabilität, Frieden, Gesundheit und Wohlstand für alle zu sichern, ist derzeit getrübt. Ein neuer selbstkritischer Blick, der Interessensgegensätze, Machtverhältnisse und internationale Ungerechtigkeiten ernstnimmt, ist dringend gefragt – insbesondere auch, um internationales Vertrauen wiederherzustellen und friedvolle, nachhaltigkeitsorientierte transnationale Handlungsfähigkeit zu stärken.

- › **Welche Narrative und Politikinstrumente, Allianzen und Unabhängigkeiten können Deutschland und Europa zu konstruktiven Akteuren einer nachhaltigen Zukunft machen? Welche wirtschafts- und klimapolitischen Ansätze sind geeignet? Wie kann Europa Vertrauen in der Welt zurückgewinnen?**

## Zwischenstaatliche Kooperationen

Sicher geglaubte Staatenbündnisse und Sicherheitsallianzen werden derzeit hinterfragt. Formate wie G7 und G20 stehen vor der Herausforderung zunehmend divergierender Interessen und verlieren kontinuierlich an Handlungsfähigkeit. Dies betrifft auch internationale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation und die Weltgesundheitsorganisation sowie multilaterale Umweltabkommen. Neue zwischenstaatliche, oft themenspezifische Formate entstehen, um gemeinsame Anliegen im Sinne der globalen Nachhaltigkeit voranzubringen. Auch werden ausgewählte Allianzen gezielt ausgebaut, z. B. mit China in den Bereichen Energie oder Klima. Die europäische Sicherheitsarchitektur ordnet sich neu.

- Welche zwischenstaatlichen Formate gilt es zu entwickeln, um gemeinsam im Sinne globaler Nachhaltigkeit zu handeln? Mit welchen Ländern und in welchen Regionen sollten Allianzen ausgebaut werden? Wie sollte eine Europäische Sicherheitsarchitektur aussehen, die auch die globale Nachhaltigkeit im Blick behält?

## Substaatliche Koalitionen und Allianzen

Auch wenn viele Staaten dem Thema Nachhaltigkeit derzeit eine geringere Priorität einräumen, setzen sich weiterhin viele Akteure weltweit für verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit ein. Ihre Spielräume werden jedoch zunehmend eingeschränkt. Substaatliche Koalitionen und Akteursbündnisse, die sich dem gemeinsamen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne eines langfristigen Wohlergehens von Mensch und Natur widmen, sind von großer Bedeutung. Neben der Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen geht es hierbei auch um die Zusammenarbeit von Städten und Regionen und um Wissenschaftskooperationen.

- Welche Koalitionen und Allianzen jenseits staatlicher Bündnisse können zu Stabilität und Fortführung der Nachhaltigkeitstransformation beitragen? Wie können weltweit Akteure gestärkt werden, die Klima- und Biodiversitätsschutz weiter vorantreiben? Wie kann die kritische und aktive Zivilgesellschaft geschützt werden?

## Zukunft der Weltgemeinschaft

Etablierte multilaterale Vereinbarungen und die sie tragende Institutionenlandschaft der Vereinten Nationen stehen unter großem Druck. Die USA haben dem Pariser Übereinkommen und dem UN-Menschenrechtsrat erneut den Rücken gekehrt, sich von der Agenda 2030 distanziert und angekündigt, ihre Beiträge zu bi- und multilateraler Zusammenarbeit stark zu reduzieren und in manchen Bereichen einzustellen. Es ist bisher nicht absehbar, ob und wie sich dies auf die Unterstützung internationaler Abkommen und die Kooperationsbereitschaft anderer Staaten auswirken wird. Zudem gehören Erpressung und rücksichtslose Handelspolitik anstelle regelbasierter Interaktionen wieder zu den Formen zwischenstaatlicher Aushandlung.

- Wie können wir eine friedliche, wirtschaftlich gerechte und an Nachhaltigkeit orientierte Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft für die Zukunft schaffen? Wie muss eine Post-2030-Nachhaltigkeitsagenda aussehen, die weltweit Orientierung und Gemeinschaft stiftet und tatsächlich umgesetzt wird?

### Literatur

IPCC (2022): Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability; IPBES (2019): Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services; WBGU (2011): Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation; WBGU (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft; WBGU (2023): Gesund leben auf einer gesunden Erde; WBGU (2024): Wasser in einer aufgeheizten Welt.

### Der WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung, das 1992 im Vorfeld des Erdgipfels von Rio de Janeiro eingerichtet wurde. Der interdisziplinäre WBGU erarbeitet auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen Handlungs- und Forschungsempfehlungen für die Politik.

**Geschäftsstelle WBGU**  
Luisenstraße 46, 10117 Berlin

ISBN 978-3-946830-50-4  
Juni 2025

Tel: 030 26 39 48-0  
wbgu@wbgu.de

www.wbgu.de  
@wbgu@social.bund.de  
@wbgu.bsky.social  
WBGU auf LinkedIn



<https://www.wbgu.de/ip-sicherheit>

